

# Die Arbeitsplatzgarantie von VW löst bei den marktradikalen Ideologen Entsetzen aus

Von Andres Müller

Die Volkswagen AG hat mit der Gewerkschaft vereinbart, daß bis 2014 in Deutschland keine betriebsbedingten Kündigungen vorgenommen werden dürfen. Das ist nicht neu, denn der bestehende Vertrag, der bis 2011 gilt, wird nur um 3 Jahre verlängert. Und doch hat die Vereinbarung bei den fanatischen Ideologen der Globalisierung helles Entsetzen hervorgerufen<sup>1</sup>. Warum?

Johannes Ritter, ein FAZ – Kommentator, behauptet, Arbeitsplatzgarantien würden die *Wirtschaftlichkeit* des VW-Konzern, um die es ohnehin nicht gut bestellt ist, noch weiter verschlechtern. Dazu ist zu sagen, daß Ritter von Wirtschaftlichkeit spricht, aber eigentlich die Rentabilität meint. Jeder BWL-Student in den Anfangssemestern wird mit dem Unterschied vertraut gemacht. Hier sei nur so viel gesagt, daß nur bei unverändertem Eigenkapitaleinsatz eine sinkende Wirtschaftlichkeit auch zu einer sinkenden Eigenkapitalrendite führt.

Weiter meint der Autor, daß in der Vergangenheit die Produktivität bei VW in Deutschland vor allem wegen der „*unsäglichen Vier-Tage-Woche*“ gelitten habe. Dabei setzt er den Begriff Wirtschaftlichkeit gleich mit dem Begriff Produktivität, wobei er offensichtlich die Menge des Faktors Arbeit (Arbeitszeit) mit dem Wert (Arbeitslohn) gleich setzt. Das ist der zweite unverzeihliche Anfänger-Fehler! Gleichzeitig unterstellt er, daß mit den Arbeitstagen je Schicht die Wirtschaftlichkeit steigt. Beweise dafür aus der Arbeitswissenschaft gibt es nicht.

Ritter fährt dann in seiner Kritik fort: Weil die Wirtschaftlichkeit oder Produktivität von VW in den deutschen Betrieben sinke, **lasse die Rendite von VW so sehr zu wünschen übrig. Somit gesteht er selbst ein**, daß ihm nicht die Wirtschaftlichkeit oder Produktivität Sorgen macht, sondern die **Rendite!** Was aber ist die Rendite anderes als das Einkommen der Kapitaleigner! Das sind auch im Falle von VW zum überwiegenden Teil ausländische Kapitaleigner!

Eigentlich müßten die betroffenen deutschen Arbeiter jetzt fragen, was sie davon haben, wenn die Rendite von VW hoch ist, weil die Arbeitsplätze ins Billiglohn-Ausland verlegt und sie, die deutschen Arbeiter, arbeitslos geworden sind? So funktioniert der Globalkapitalismus! Warum sagt das den Arbeitern niemand?

Sein Mitleid mit den internationalen Kapitaleignern bringt der Kommentator dann in vollem Umfang zum Ausdruck, wenn er sagt: „*Sein Geld muss Volkswagen also andernorts verdienen: im Ausland.*“ Dieser Satz gibt Aufschluß über das Denken der Liberalkapitalisten: Wer ist denn die bedauernswerte Person „Volkswagen“, die ihr Geld im Ausland verdienen muß? Es ist eben zum aller größten Teil das internationale Kapital! Erinnern wir uns: Am Anfang war VW ein Staatsunternehmen. Das wurde mit großem Tamtam Ende der 1950iger Jahre privatisiert. Volksaktien wurden herausgegeben. Davon sind die wenigsten im Streubesitz des Volkes geblieben! Heute ist es so, daß die Arbeiter, die in Deutschland Autos herstellen, froh sein dürfen, noch einen Arbeitsplatz zu

---

<sup>1</sup> Der Kommentar von Johannes Ritter in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.02.2010 Seite 9 mit dem Titel: „Ungleichbehandlung“ wird zur Illustrierung dieser Denkweise herangezogen. Mit Ungleichbehandlung soll zum Ausdruck kommen, daß die deutschen Arbeitnehmer von VW im Vergleich zu den Arbeitnehmern in den ausländischen Produktionsstätten bevorzugt werden!

besitzen. Sie sind immer bedroht, daß sie entlassen und ihre Arbeitsplätze ins Billiglohnausland verlagert werden.

Doch es muß gar nicht zur Entlassung kommen. Auch wenn die Löhne nicht in dem Maße steigen wie die Preise, geraten die Arbeitnehmer ins Hintertreffen. Das war in den vergangenen 2 Jahrzehnten der Fall. Die Arbeiter in Deutschland konkurrieren seit der Ausweitung der Globalisierung direkt mit den Arbeitern in den Billiglohnländern. Die Lohnquote (Anteil des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen) ist deshalb im gleichen Zeitraum stetig gesunken! Deswegen finden die Liberalkapitalisten ja die Globalisierung so toll, denn die Gewinnquote muß nach den Marktgesetzen, denen keine Grenzen mehr gesetzt werden, steigen!

Die Logik ist einfach: Die weltweite und schrankenlose Globalisierung sorgt für Konkurrenz – vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Er ist international geworden. Diese Konkurrenz der Löhne sorgt für hohe Renditen bei den Kapitaleignern. Das Kapital ist der eindeutige Nutznießer. Im ersten Moment profitieren auch die Arbeiter in den Billiglohnländern von dem vagabundierenden Kapital. Sie bekommen Arbeit bei steigenden Löhnen. Der Wanderzirkus „Kapital“ zieht aber weiter, von Ort zu Ort. Wenn die Löhne an den neuen Orten aufgeholt haben, zieht das Kapital wieder weiter. Am Schluß kommt es dann vielleicht wieder zurück. Auch nach Deutschland. Im Ergebnis muß auf diese Art und Weise die Rendite des internationalen (globalen) Kapitals steigen und das Einkommen der Arbeiter – das ist bei weitem die Mehrzahl der Menschen in allen Nationen – muß sinken.

Die Faktoren Arbeit und Kapital erstellen im Zusammenwirken das Sozialprodukt. Das Einkommen, das dabei entsteht, ist das Volkseinkommen. Die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeit und Kapital bestimmt die Märkte. Dadurch, daß sie global geworden sind und das Kapital flexibel ist, hat sich die Verteilung zugunsten des Kapitals gewendet. Der Faktor Arbeit kann seiner Natur nach nicht flexibel sein, er ist an Herkommen, Kultur, Sprache und Heimat gebunden. Auch das möchte der Globalkapitalismus gerne ändern. Ob das aber die Menschen und Völker wollen, ist die große Frage. Doch sie darf nicht gestellt werden. Sie ist tabu in der globalkapitalistischen Wertegesellschaft westlicher Provenienz. Die Menschen, Kulturen und Nationen müßten wohl an die Theorie des globalen Marktliberalismus angepaßt werden – sowie einstmals die Sozialistischen Menschen an den Sozialismus – damit die ökonometrischen Modelle der Wohlfahrtstheoretiker ihre Richtigkeit behalten können.

Das sind allerdings Perspektiven, die jene „liberalkapitalistischem Denker“ nicht sehen, wenn sie die Gefährdung der Rendite durch vertragliche Arbeitsplatzsicherungen vor Augen haben. Für das Wohlergehen eines Volkes kommt es nicht nur auf die Rendite an, sondern noch viel mehr auf die Wertschöpfung in einer nationalen Volkswirtschaft und dazu gehören auch die Arbeitnehmereinkommen. Was nützt dem auf Arbeit angewiesenen Volk eine steigende Rendite, die im Ausland erzielt wird, wenn die Menschen im Inland arbeitslos werden oder die Arbeitseinkommen sinken? Man darf nicht nur die Rendite des Kapitals sehen, man muß das Ganze im Auge behalten. Auch sollten die Liberalökonomien einmal darüber nachdenken, welches Potential brachliegt, wenn man 6 Mio. teuer ausgebildete Arbeitslose – und so viele sind es in Deutschland, wenn man die geschönten Statistiken bereinigt – ihrer Ausbildung gemäß beschäftigen könnte, anstatt sie von Arbeitslosengeld und Steuern der Arbeitenden alimentieren zu müssen.

Das auf diese Weise entgangene Einkommen ließe sich sogar ausrechnen. Warum tut dies eigentlich keiner der Lehrstuhlökonomien in Deutschland?

## **Appendix:**

Welche Bedeutung unserer Analyse zukommt, verdeutlicht ein Bericht aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.02.2010 (Seite 15):

*„Die deutschen Autobauer werden in diesem Jahr einer Studie zufolge erstmals mehr Autos im Ausland bauen als im Inland. Die Auslandsproduktion werde 2010 voraussichtlich auf 4,90 Millionen Einheiten steigen, die Herstellung in Deutschland auf 4,87 Millionen Wagen sinken. Mit Abstand wichtigstes Produktionsland für die deutschen Hersteller sei dabei China mit 1,50 Millionen Pkw im laufenden Jahr.“*

Abgesehen davon, daß die „deutschen Autobauer“ zum überwiegenden Teil gar nicht mehr den Deutschen gehören, kann der stille Beobachter dieser Entwicklung nur fassungslos zuschauen und staunen, was das für eine Zeit geworden ist, die in der Geschichte und Philosophie „Moderne“ genannt wird? Sie hat wieder ihre Götzen, wie in der Bibel. Sie heißen Globalkapitalismus und Renditewahn. Und sie hat ihre Götzendiener. Es sind die Eliten in Wirtschaft und Politik.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 22.02.2010